

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend Morgens und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerickestrasse 2) und auswärts bei allen königlichen Post-Anstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 12 Uhr Nachmittags.

Berlin, 8. Juni. Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses stellte in ihrer gestrigen Sitzung den Bericht über die Kriegskosten-Vorlage fest, der mit der einfachen Ablehnung der Regierungsvorlage schließt. Die Absicht auf Abgabe von Resolutionen ist aufgegeben worden. Die Regierungs-Commission gab keine Erklärung über die Zukunftszurichtung des Gesetzes ab. — Die Handels- und Finanz-Commission genehmigte ohne Debatte einstimmig den Vertrag über die Fortsetzung des Zollvereins vom 16. Mai 1863 nebst dem Schlussprotokoll. Referent Abg. Michaelis.

Angelommen 3 Uhr Nachmittags.

Berlin, 8. Juni. Die ministerielle „Nordb. Allg. Jtg.“ schreibt: Gelegentlich der Commissions-Verhandlung über das Militärgegesetz ist der Kriegsminister entschieden der Anklamation entgegengetreten, daß die Regierung an die Einführung des Systems der Stellvertretung denkt. Das Blatt ist ermächtigt, gegenüber den entgegenstehenden oppositionellen Zeitungsberichten die Behauptung nochmals als völlig unbegründet zu bezeichnen.

Angelommen 11½ Uhr Vormittags.

Wien, 8. Juni. Die amtliche „Wiener Jtg.“ veröffentlicht einen Erlass des Finanzministers, wodurch die bisher bestandenen Verbote der Ausfuhr von Waffen und Munition gegen Italien, die Schweiz, die Seeküste, die Donauprätendenten, Serbien und Bosnien aufgehoben werden.

Angelommen 11 Uhr Vormittags.

Hamburg, 8. Juni. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde ohne Discussion der Antrag des Senats abgelehnt, betr. die Ratifikirung des Vertrags mit Oldenburg, betreffend die Übernahme eines Cavalier-Contingents; vorher war die Überweisung des Antrags an einen Ausschuß zur Prüfung verworfen worden.

Angelommen 11 Uhr Vormittags.

Paris, 8. Juni. Der „Moniteur“ meldet: Kaiser Napoleon hat eine Proklamation an das französische Heer in Afrika erlassen, worin er seinen Dank ausspricht für die von der Armee ertragenen Mühseligkeiten während des letzten Feldzugs. Er erklärt Afrika als eine große Schule für die Erziehung der Soldaten. Mannestugend und Waffen seien die festeste Stütze des Reiches, sie lehren, Ehre und Pflicht den materiellen Genüssen voraussezzen. Nie habe bei der Armee die Erbitterung den Kampf überdauert; die Armee habe zuerst den Rebellen die Freundschaft gereicht und sie ebenso gerecht behandelt, als einen Theil der französischen Familie. Die Armee habe sich um das Vaterland verdient gemacht.

(W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Breslau, 7. Juni. Der Wollmarkt begann bei großen Buschungen in erster Hand in sehr flauer Stimmung. Bis jetzt stellt sich ein Abschlag von 8 bis 12 % Centner heraus. Käufer sind weniger zahlreich, als sonst. Die Beschaffenheit der Wollen ist besser, als im vorigen Jahre.

Breslau, 7. Juni, 11½ Uhr. (B.-u. H.-B.) Buschung 60,000 Ctr., verkauft bis jetzt nur 6000 Ctr. Nur besonders gute Wäschchen sind verkauflich, weniger gute vernachlässigt.

12½ Uhr. Markt flau. Gute Wäschchen 6—10 % billiger. Wenig verkauft, viel Wolle hier.

Dresden, 7. Juni. Heute Nachmittag findet auf Schloß Pillnitz zur Erinnerung an die vor 50 Jahren erfolgte Rückkehr des Königs Friedrich August aus der Gefangenschaft große königliche Fasching statt, zu welcher sämtliche Mitglieder der Kammer, hohe Militärs und Staatsbeamte und eine Anzahl Dresdener Bürger, welche bei der Einholung im Jahre 1815 beteiligt waren, geladen worden sind.

Paris, 7. Juni. Der Kaiser ist gestern in Bona angelommen und wird zum 10. d. in Paris erwartet.

Paris, 6. Juni. Dem Vernehmen nach hat die betreffende Commission des gesetzgebenden Körpers den Antrag wegen Veräußerung der Staats-Waldungen verworfen.

Frankfurt a. M., 7. Juni. Im heutigen Privatverkehr in der Effecten-Societät wurden Amerikaner von 1881 zu 73½ gegeben, 1882er zu 72½—72½, Nationalanleihe 68½, 1860er Voos 86½, Creditactien 1994.

Wien, 7. Juni. Im heutigen Privatverkehr war das Geschäft träge und in Folge von Realisierungen matt. Creditactien 182,60, Nordbahn 171,80, 1860er Voos 92,40, 1864er Voos 83,80, Staatsbahn 182,90, Galizier 202,50.

Florenz, 7. Juni. Die „Razionale“ dementiert die Gerüchte über bevorstehende Cabinetsveränderungen und gibt Aufschlüsse über die Verhandlungen mit Rom. Der Papst erhält das Ernennungsrecht, der König das Präsentationsrecht; die ernannten Bischöfe erkennen den König und das Königreich an; der Papst gesteht die Aufhebung einiger Bischofschafe zu, die königliche Regierung wird das Recht haben, nämlich die Rückkehr derjenigen Bischöfe zu verhindern, deren Wiedereinführung ihm für die öffentliche Sicherheit nicht opportua erscheint. Dassebe Blatt glaubt ferner, daß diese Verpflichtungen nicht mittelst schriftlicher Convention, sondern mündlich eingegangen werden sollen. Herr Begezzai ist am 4. d. in Rom eingetroffen.

New York, 27. Mai. Die von der Jury gegen Breckinridge und Davis beschlossene Hochverratsanklage lautet, beide hätten treulosig Columbia Behufs Regierungssitzes inbadirt. Der Präsident Johnson will angeblich die Frage wegen der Stimmberechtigung der Neger der Entscheidung der Staaten überlassen. Die connecticuter Legislatur hat mit 2/3 Majorität den Negern das Stimmrecht zugestanden.

Dem Cabinet ist die offizielle Notification zugegangen, daß Frankreich und England aufgehört haben, die Palmetto-

Flagge der ehemaligen südstaatlichen Regierung als die einer kriegsführenden Macht anzuerkennen. Oberrichter Chase spricht sich für Verleihung des Stimmrechts an die Neger aus. Es wurden fünf Fässer, die Archive der Richmonder Regierung enthaltend, mit Beslag belegt. Darunter befindet sich ein Schreiben an Davis, welches das Anerbieten enthält, Lincoln zu ermorden. Dieser Brief ist dem Gerichtshof übergeben worden.

Landtagsverhandlungen.

[Oldb. C.] 63. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 7. Juni.

Präsident Grabow verliest ein Schreiben des Herrn Ministers des Innern, welcher anzeigt, daß er S. M. den König auf seiner Reise nach Stralsund begleiten und bis zum 12. d. M. abwesend sein werde; endlich ein Schreiben des Justizministers mit einem Antrage des Oberstaatsanwalts in Posen, daß Hans möge seine Ermächtigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen einen Wirth zu Minklowo ertheilen, der bei Entreibung der Grundsteuer, als man ihm sagte, diese Steuer sei vom Abgeordnetenhaus beschlossen, die Außerung gethan hat: „Warum machen solche Esel solche Gesetze?“ Präf. Grabow theilt seine persönliche Ansicht mit, daß eine solche Außerung zur strafrechtlichen Verfolgung nicht geeignet sei, zumal nicht das jegliche, sondern das frühere Haus die Steuer beschlossen habe, die Beleidigung also das jegliche Haus nicht treffen könne. Doch könnte man die Sache allenfalls an die Justizcommission verweisen, um den erneuerten Vorwurf des Justizministers abzuschneiden, daß das Haus principiell niemals Ermächtigungen zu Strafverfolgungen ertheile. — Abg. v. Hoerbeck:

Eigentlich dürfe gar keine Commission mit der Sache betraut werden. Da aber der Feuerfeuer des Justizministers erwacht sei und man erwarten dürfe, neben dieser Kleinlichen Sache auch andere wichtige Verleumdungen und Beleidigungen des Hauses der strafrechtlichen Verfolgung durch den Minister unterbreitet zu sehen, in dieser Beziehung also einige Arbeit bevoisthe, so schlage er Überweisung der Sache an die Commission für Geschäftsausordnung vor, die am wenigsten beschäftigt sei. — Abg. v. Unruh wünscht Schlussberathung.

Abg. v. Kirchmann ist für sofortige Erledigung und Ablehnung; man könne über die Beleidigung fortgehen, da sie nur ein Ausfluss der Stimmung sei, welche durch die andauernden Verleumdungen des Hauses gegen das Haus hervorgerufen worden. — Abg. Jungh: Ein Commissionsbericht würde geeignet sein, die Grundsätze des Hauses in Betreff der Verfolgung von Beleidigungen vor dem Landtag darzulegen. V. Napoleon fällt an der Spitze von Abenteurern in Frankreich ein, ihn als Urheber nimmt man bei Seite, die Theilnehmer stellt man vor Gericht, die Geschworenen sprechen sie frei, weil man den Urheber nicht vor Gericht stellen kann. Der vorliegende Fall ist analog. Man muß statirieren, daß man die Urheber nicht fassen kann und deshalb auf untergeordnete kleine Anhänger die Wucht des Hauses nicht fassen lassen will. — Das Haus genehmigt schließlich den Antrag von Gneist: die Verweisung des Antrages an die Justizcommission.

Der Präsident legt Misstrauens-Adressen Berliner conservativer Vereine unter Peiterkeit des Hauses auf dem Bureau nieder.

Vor der T.-O. verlangt der Justizminister das Wort, um auf zwei Außerungen des Abg. Waldeck in der 59. Sitzung zurückzukommen. Auf die erste, den Prozeß des Abg. Jacoby betreffend, wolle er nicht eingehen, da der genannte Abg. nicht anwesend sei. Die zweite betreffe das Ministerialrescript, das dem verstorbenen Calow bei seiner Einführung in Gleiwitz vorgelesen worden sei. Ein solches Rescript, habe Waldeck nach dem stenographischen Bericht gesagt, müsse im Auftrage des Ministers verlesen worden sein. „Mr. P.“ schließt der Justizminister — es ist an dieser Sache auch nicht ein Wort wahr. Es ist das eine Unwahrheit.

Abg. Waldeck: Was den ersten Gegenstand betrifft, so habe ich allerdings darin geirrt, daß ich annahm, es sei die bereite Außerung gegen den Abg. Jacoby im Plaideoyer des Oberstaatsanwalts vorgekommen, während dieselbe nach der Anführung des Abg. Jacoby in einem schriftlichen Actenstücke, der Prozeßschrift des Oberstaatsanwalts enthalten ist. Dieser Umstand scheint mir doch gewiß nicht eine Berichtigung oder eine Milderung der von mir angeführten Thatsache zu sein, sondern viel eher eine Verschlimmerung der Sache. (Sehr richtig!) Bei dem zweiten Gegenstande hat der Justizminister vergessen, eine weitere Außerung von mir mitzuheilen, worin ich den Abg. Teuchert als die Quelle dessenigen bezeichnete, was ich vorgetragen habe. Der Abg. Teuchert hat die Thatsache direct aus dem Munde von Calow gehört. Außerdem habe ich gegenwärtig eine zweite Bestätigung erhalten, einen Brief des Bruders des Abg. Calow, des Rechtsanwalts Calow. Derselbe, indem er mir für meine Anführungen im Hause seinen Dank ausspricht, bestätigt die Thatsache durch ein Schreiben, welches er von seinem Bruder erhielt und worin ganz dasselbe angeführt wird, nämlich, daß ihm wirklich ein solches Ministerialrescript vorgelesen worden sei (hört! hört!), das war es, was ich angeführt hatte und ich weiß nicht, inwiefern der Justizminister ins Stande ist, diese Bezeugnis zu widerlegen.

Justizminister Graf zur Lippe: Ich habe aus den Anführungen des Abg. Waldeck hervorgehoben, daß er gesagt hat, es mußte im Auftrage des Justizministers das und das vorgelesen werden. (Hört!) Mr. P., ein solcher Auftrag, ein solches Muß existiert nicht. (Abal Große Unruhe.) Wenn eine solche Versegung stattfindet, so bekommt das vorstige Appellationsgericht natürlich über die Lage der Sache Auskunft und das Appellationsgericht hat natürlich auch über das Urteil Kenntnis bekommen, welches gegen den Gerichts-direktor Calow ergangen ist, aber wenn die Sache in der Weise koloriert wird, daß es heißt, es mußte im Auftrage

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Interate nebem an: in Berlin: A. Nettemeyer, in Leipzig: Eugen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haackenstein Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Dartmanns Buchdr. 1865.

des Justizministers geschehen, so lege ich dagegen Verwahrung ein und sage, es ist nicht wahr. (Große Unruhe.) Was den anderen Gegenstand betrifft, so will ich, um die Sache ein für alle Mal tot zu machen, hier die Erklärung abgeben, daß ich meine Billigung zu dem, was in dieser Schrift des Staatsanwaltes gestanden hat, nicht ertheilt habe.

Abg. Teuchert: Ich will hier nur konstatiren, daß ich das, was der Abg. Waldeck angeführt hat, aus dem Munde des verstorbenen Calow, unmittelbar nach seiner Einführung erfahren habe und zwar in Gegenwart dessen Rathes, der ihn eingeführt hat. (Hört!) Wenn die Auffassung des Abg. Calow unrichtig gewesen wäre, so denke ich, hätte doch der gegenwärtige Rath des Ministerii, der ihn eingeführt hat, unbedingt die Pflicht gehabt, ihn sofort zu recidivieren. (Sehr wahr!)

Abg. Waldeck: Ich kann natürlich nicht wissen, inwiefern der Justizminister speciellen Auftrag zu diesem Acte gegeben hat. Es ist aber doch wohl klar, daß der Vorsitzende des Collegium das nicht gethan hätte, wenn er sich nicht in Übereinstimmung mit dem Justizrat zu finden geglaubt hätte. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte doch gewiß ein solches Verfahren von Seiten des Chefs der Justiz die allererste Recidivation und Rüge verdient, die ihm nur irgend zu Gebote steht. (Sehr wahr!)

Abg. v. Bockum-Dolffs verlangt das Wort, um eine Neuherung des Abg. Frenzel über die Thätigkeit des Militärs beim Brande des Regierungsbüroes in Gumbinnen dahin zu berichtigen, daß dasselbe auf seine (Redners) Anordnung für die Rettung der Akten thätig gewesen sei. Abg. Frenzel bemerkte, daß er nur gesagt, was er gesehen, daß nämlich das Militär mit der Rettung des Privateigentums des Herrn v. Maurach beschäftigt gewesen sei, wodurch die Mitteilung des Vorredners, an deren Authentizität er nicht entfernt zweifele, nicht ausgeschlossen werde.

Es folgt die Interpellation des Abg. Motte, betr. die Entziehung der moralischen Qualification für den einjährigen Militärdienst junger Leute im Großherzogthum Posen, welche sich bei dem polnischen Aufstande betheiligt haben sollen.

Abg. Motte führt 2 Fälle an: dem Sohne des Gutsbesitzers v. Jachowskli wurde vom Oberpräsidenten der Bev. scheid, daß er mit Rücksicht auf die gegen ihn schwedende Untersuchung wegen Hochverrats und Theilnahme an der Insurrection die für den einjährigen Dienst erforderliche moralische Qualification verloren habe. Aehnlich ist gegen einen Herrn v. Radonski verfügt worden, in beiden Fällen mit Berufung auf die Erfas-Instruction vom 9. Dec. 1858. Der Ober-Präsident spricht in seinem Bescheide von „höheren Ordnungen erlassenen Bestimmungen.“ Es fragt sich, ob die Behörden zu einem solchen Verfahren gesetzlich berechtigt waren. Das in Betracht kommende Gesetz ist das vom 3. 1814. Auf Grund desselben sind viele Instructionen erlassen. Die neueste nach Emanation der Verfassung im 3. 1858 ohne Zustimmung der Kammer. Aber selbst nach diesen Instructionen waren die Behörden zu einem solchen Verfahren gesetzlich berechtigt. Die beiden jungen Leute besaßen bereits ihre Atteste über ihre moralische Berechtigung; diese Atteste sind ihnen vom Oberpräsidenten abgenommen worden, ohne ihnen den Nachweis zu führen, daß sie die moralische Qualification verloren hatten. Ist ein jünger Mann, der für eine große Idee sein Leben einsetzt, so unmoralisch, daß er die Qualification zum einjährigen Militärdienst verliert, aber zum dreijährigen So-daten noch moralisch genug ist? (Redner citirt mehrere andere Fälle.) Ein junger Mann hatte bei dem Aufstand einen Schuß in die Brust erhalten, die Kugel war zum Rücken wieder herausgekommen. Derselbe war als einjähriger Freiwilliger eingetreten, hatte bereits 6 Monate in der Artillerie gedient, dieselben aber natürlich meist im Lazarett zugebracht, als er plötzlich seiner moralischen Qualification für ungültig erkannt und nunmehr in eine Arbeiter-Abtheilung eingestellt wurde. In diesem Falle sind, so fügt Redner hinzu, sämmtliche gesetzliche Vorschriften mit Füßen getreten; ich will aber dabei nicht unerwähnt lassen, daß der Kriegsminister die Entlassung des jungen Mannes angeordnet hat, nachdem er 11 Monate in der Arbeiter-Abtheilung gedient hatte. Der Reg.-Commissar hat in der Commission erklärt, daß die Einstellung in die Arbeiter-Abtheilung keine Strafe sei. Allein das Gegenteil wird bewiesen durch ein Gnadengesuch der Mutter dieses jungen Mannes, auf welches das General-Commando den Bescheid erließ: daß der Sohn wegen seiner Beteiligung an der Insurrection in die Arbeiter-Abtheilung eingestellt sei. Alle diese Thatsachen deuten darauf hin, daß unter der verlorenen moralischen Qualification der Verlust der politischen Qualification gemeint ist.

Politische Rücksichten haben eine gewisse Berechtigung, aber auch diese haben eine gewisse Grenze, und die höchste politische Mission ist keine Entschädigung für die unlautere Anwendung der Gesetze. (Bravo!) Politische Rücksichten haben eine gewisse Berechtigung, aber auch diese haben eine gewisse Grenze, und die höchste politische Mission ist keine Entschädigung für die unlautere Anwendung der Gesetze. (Bravo!) Minister des Innern Graf Eulenburg: Ich erwiedere auf die Interpellation Folgendes: Die K. Staatsregierung hält die Theilnahme eines preußischen Unterthanen an einer Insurrection, durch welche Preußen selbst in Mitleidenschaft gezogen wird, für unmoralisch. Sie erachtet deshalb das Verfahren der Provinzialbehörden in Posen, welches sich in Übereinstimmung mit den bestehenden Gesetzen befindet, für gerechtfertigt, und kann nichts thun, um dasselbe zu redressiren. (Der Herr Minister verläßt den Saal.)

Derselben Gegenstand betrifft die Petition des Gutsbesitzers Ignas v. Moszorenksli auf Wiatrowo. Petent beantragt u. a. die Erwartung auszusprechen, daß a) den preußischen Unterthanen, welche an dem Kampfe gegen Russland in den J. 1863 und 1864 Theil genommen haben oder haben sollen, in Folge dieser wahren oder behaupteten Theilnahme entzogene Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Militärdienst, sobald sie nicht durch rechtskräftige Erkenntnisse zuständiger Gerichte zu Ehrenstrafen verurtheilt sind, unver-

züglich wieder verliehen, auch die ihnen abgenommenen Berechtigungscheine wiederum ausgeantwortet werden; b) daß die aus demselben Grunde zum dreijährigen Dienst in der Arbeiter-Section zu Torgau bestimmten Soldaten Michael Nawrocki, Michael Sniegocki und Kamill Paffke, sowie die sonstigen aus derselben Veranlassung mit derselben Strafe belegten Personen, sofort, als zum Dienst in den Regimentern unbrauchbar, entlassen werden. Die Commission beantragt, diesen Theil der Petition der K. Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen — mit der Erklärung, daß die Erlasse der Minister des Krieges und des Innern vom 15. Juni 1863 und 9. Februar 1864 nicht nur gegen die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen, sondern auch gegen die Ersatz-Instruktion selbst verstößen.

Abg. Jung: Maßgebend ist hier nur das Gesetz von 1814, welches jungen Leuten aus den gebildeten Ständen die Befähigung zum einjährigen Dienste verleiht. Alles Andere ist nur unpublizierte Cabines-Ordres, die als Ausführungs-Ordres im Sinne des Art. 45 der Verfassungs-Urkunde nicht gelten können. Ich will keine Kritik über die militärische Gesetzgebung üben, den ich bin kein Hr. Hekules, um die Ställe des Augias auszumisten. Die beiden Minister berufen sich auf die nicht publicirte, ohne Mitwirkung der Kammern erlassene Ersatz-Instruktion von 1858. Diese verlangt im § 129 Bezeugnis über moralische Qualification, im § 109 Bezeugnis der Polizei über untaelhafte Führung und Moralität. Das heißt im Sinne der Minister: die Verwaltung bestimmt, ob Jemand würdig ist zum einjährigen Dienst. Und dann schließen die Herren mit ihrer bekannten Logik weiter: wer gegeben hat, kann auch nehmen. In der That ein beruhigender Zustand. So ohne Recht und Gericht soll der ordre die mutti über eins der wichtigsten Rechte abgesprochen werden. — Hier res tua agitur. Ein Polizei-Commissar, der alle Tage liest, wie Beamte gehorchen, Magistratspersonen, Schiedsmänner, Auktions-Commissarien, Synagogen-Vorstände, ja selbst Impfungs-Arzte nicht bestätigt werden wegen ihrer politischen Gesinnung, warum soll der nicht dem Sohne eines liberalen Mannes sein Bezeugnis verweigern? So hat aber die Verwaltung selbst die Ersatz-Instruktion nicht verstanden. Das polizeiliche Bezeugnis sollte nur das Vorhandensein der bürgerlichen Ehre constatiren. Ich constate also die Thatsachen: Die beiden Minister haben gegen das Gesetz jungen Leute die moralisch Qualification nur deshalb entzogen, weil sie ihre Siammes-Brüder in dem Verweisungskampf gegen Russland nicht ohne Hilfe lassen wollten. Der Sympathie ganz Europas für diese heldenmütigen Jünglinge, welche, sicherem Verderben entgegenstrebend, hinübergegangen, um morituri patriam salutare — der antworten die beiden Minister mit Entziehung der moralischen Qualification. Ich möchte nicht die Qualification mit ihnen theilen, die Europa schon jetzt und einst die Geschichte ihnen dafür geben wird. Man sollte meinen, hier sei ein Mehreres nicht mehr möglich, allein in polnischen Dingen sind wir schon bei unserer Regierung gewohnt, die Steigerung von Schwäche zum F. hier, vom Fehler zu Schmach, von Schmach zu Jammer zu erleben. Die aus dem Kriege Heimgekehrten, die mit verstümmlten Gliedern, der eine mit durchschossener Brust, der andere mit zerbrochenem Arme und Hand, krank, kaum gehoben, als unauglich von jedem Dienst frei sein mühten, die stellten man zur Strafe auf 3 Jahre in die Arbeiter-Compagnien. Was ist eine Arbeiter-Compagnie? Sie endet Selbstverstümmler, solche, die sich dem Dienste böswillig entzogen und erst nachträglich unauglich geworden, b-strafe Leute nach §§ 110 und 113 des Strafgesetzes, denen die Ehrenrechte teilweise aberkannt sind. Sie sollen nach der Instruktion von 1824 Handlangerdienste thun, Arbeitskleider tragen, keine Ausrüstung, keine Parade-Uniform erhalten und die Kosten ihrer Verpflegung sollen durch ihre Arbeit aufgebracht werden. Und das, sagt beschwichtigend die Regierung, ist keine Strafe, sondern eine nützliche Verwendung bei einem besonderen Truppenheil. Es sind dies ja lauter Leute, die gar nicht zu dienen brauchen, wenn sie eben nicht zur Strafe dienen. Die ganze Compagnie ist eine wandelnde Strafe. Nachdem Meister ausgeführt, daß die Einrichtung der Arbeiter-Arbeitungen im Widerspruch mit der Verfassung stehe und daß gegen die Polen über die Bestimmungen der Ersatz-Instruktionen hinausgegangen sei, führt er fort: Und woza häufsten die Minister Unrecht auf Unrecht? Um etwas zu vertreten, wovor das menschliche Herz zurückshaudert. Hätte ihn selbst zwingendes klares Recht die Hände gebunden, sie mühten die Gnade Sr. Maj. des Königs in diesem Falle anzufragen, in welchem das geschriebene mit dem ewigen Recht in der menschlichen Brust in Widerstreit gewesen wäre. So aber war das Gegentheil der Fall und außerdem wird der Kriegsminister sagen: wo ist zwingendes Recht für mich? Wer erschrickt nicht vor dieser Willkür, der wir uns Söhne anvertrauen sollen? Wo ist Recht, wo ein Gericht, wo ein Staatsanwalt, den man anrufen könnte? Hält der Kriegsminister Mannschaften nach seiner Vorlage 7 Jahre bei den Fahnen und macht von der Regel, sie nach 3 J. zu entlassen, eine Ausnahme, — wo ist Rechtung? Verbietet doch der kommandirende General allen Soldaten, auch den Söhnen der Dissidenten, den Gottesdienst derselben zu besuchen, als gäbe es keinen Art. 15 der Verfassung. Die Neg.-Commissare erklären, daß die commandirenden Generale nicht unter dem Kriegsministerium stehen, sondern direct von S. M. dem Könige ressortieren, und daß solche Dinge sich der Cognition der Kammern entzieben. Und dieses System sollen wir noch stärken, ihm alle Kräfte des Landes auf Kosten der übrigen Etagen opfern? Wahrlieb, der Abgeordnete, der dies vermag, müßte die Binden vor die Augen gebunden haben, die die Themis längst verloren hat. Der Fluch der ösen That, die Theilung Polens, hat von allen Belheiligten Preußen am stärksten heimgesucht. Sie brachte ihm mit Russlands Freundschaft die Cartell-Convention, die die Türkei zurückgewiesen haben würde. Diese Freundschaft hat uns um Ansehen und Einfluß in Europa gebracht, den Olimus uns gelassen, wir verloren die Sympathien durch die Einkerkierung aller Verdächtigen bei der polnischen Insurrection. Durch den ewig belägernden Hochverratshprozeß könnten wir nichts mehr verlieren, wir könnten nur gewinnen und wir gewannen den Haß der civilisierten Gesellschaft. Noch dieser Tage haben die Zeitungen erzählt, daß Österreich und die Schweiz ihre nach Sibirien transportierten Staatsangehörigen reklamiert und erhalten haben. Die Zeitungen behaupten auch, daß auch mancher Preuse sich in Sibirien befindet und nicht reklamiert werde. Ihrer Behauptung ist nicht widersprochen worden. Ein Theil des Odiums für dies Verhälften fällt auf das Volk zurück. Und doch sind wir ein Volk voll Mitleid für die Einheit der Völker, so großmütig und gut wie ein anderes. Aber Schamtheit bedeckt die Wangen und Born erfüllt die Brust, daß wir eine solche Regierung noch immer ertragen müssen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Kantack: War das, was wir gehört haben, die Antwort eines Ministers des Innern auf eine solche Interpellation und dazu hat er acht Tage Bedenkzeit gebraucht? Ich glaube, Sie alle werden mit mir dabei ein Gefühl der Verhängnis gehabt haben. In meinem Wahlkreise wurde ein junger Mann von dem beregeten Verfahren der Provinzialbehörde betroffen, ohne daß er einem Geheimbunde angehört hatte, oder an der Insurrection beteiligt war, er sollte nur für den polnischen Aufstand geworben haben. Er erschien in einem Termin nicht, zu dem er vorgeladen war, und wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Der junge Mann war zweimal bei seiner Gestellung zum einjährigen Freiwilligendienst zurückgestellt; als er sich zur Super-Revision stellte, erhielt er die Weisung, zum 1. April als einjähriger Freiwilliger einzutreten, und als er sich meldete, sagte man ihm, daß er durch Verbühlung der sechsmonatlichen Haft die Berechtigung zum einjährigen Dienst verloren habe! Ein anderer Fall betrifft einen Gymnasiasten, dem sein Director befehlt hat, daß er keiner geheimen politischen Verbündung angehört. Was ist denn der einjährige Freiwilligendienst? Eine Begünstigung. Nun sagt die Regierung: ein Ue moralischer ist dieser Begünstigung unwürdig, dagegen für den dreijährigen Dienst ist er gut genug, fürwahr ein schlechtes Compliment für die Armee. Und wie oft will man denn die Leute strafen? Erst werden sie unter Anklage gestellt und bestraft, dann wird ihnen noch die Berechtigung zum einjährigen Dienst entzogen. Das ist doch zu viel für die Spielereien eines Gymnasiasten! Möchte doch einer der Herren Commissare dem Herrn Justizminister meinen Wunsch mittheilen, daß er noch jetzt nachträglich die Geschäftsmäßigkeit des Geschehenen prüfen möge.

Abg. Riel: Die mitgetheilten Thatsachen beweisen, daß man versucht, unsere Wehrverfassung zu einer Handhabe für politische Maßregelung zu machen. (Redner verliest das Schreiben eines Landwirthmannes, der als einziger Sohn gegen seine Einberufung reklamiert hatte, aber abgewiesen war wegen seines politischen Verhaltens.) Und worin bestand denn nun sein schreckliches Verbrechen? Er hatte für den verehrten Abg. v. Baerst gestimmt und die ihm vom patriotischen Verein othochirten Schriften zurückgewiesen. Wird der K. Minister auch dieser Thatsache gegenüber es für Verleumdung erklären, wenn man sagt, daß die Landräthe nach politischen Motiven verfahren? Der Mann, von dem ich spreche, hat sich beim Oberpräsidium der Provinz Brandenburg beschwert, aber ohne Erfolg. Auf eine zweite Beschwerde wunderte sich dasselbe zur Beständigung an das Kommando des 3. Armeecorps und erst dann wurde er zurückgestellt. Ist damit von Remedy erfolgt? Es fehlt der Rechtschlag gegen Beamtenwillkür, und was die Instruktionen nicht leisten, das müssen die Interpretationen hergeben. Zuglos sind alle Paragraphen der Verfassung, so lange die Verwaltung nicht in ihrem Sinne geübt wird. — Abg. Mellien führt aus, daß das Verfahren der Regierung gegen das Landesgesetz gegen die Instruktion für die Militär-Ersatzcommission, gegen die Politik und die Humanität verstößt.

Reg.-Commissar Major v. Hartmann: Nach den amtlichen Berichten des General-Commandos des 5. Armeecorps kann ich die von dem Vertreter des Kriegsministeriums in der Commission abgegebenen Erklärungen dahin vervollständigen, daß bei den 6 (es sind nur 6, nicht 7) in der Arbeiter-Arbeitung zu Torgau befindlichen Individuen polnischer Nationalität alle die Vorbedingungen vorhanden sind, welche die gesetzlichen Bestimmungen der Militär-Ersatz-Instruktion als Kriterien für die von den Behörden angeordneten Maßnahmen aufstellen. Von diesen 6 Individuen sind 5 überhaupt nicht mit der Berechtigung zum einjährigen Dienst versehen gewesen, einem ist sie wieder entzogen worden; alle aber haben nach der amtlichen Erklärung des General-Commandos sich wiederholst resp. böswillig der Gestellung zur Ableistung ihrer Militärfreiheit entzogen, sie sind außerdem zu einem Dienst mit der Waffe nicht fähig, wozu aber zu einem leichten Arbeiterdienst noch brauchbar. Es ist nun in den betreffenden Paragraphen der Militär-Ersatz-Instruktion ausdrücklich angeführt, daß in diesen Fällen außer Geldstrafen i. s. w. noch andere Maßnahmen, über welche lediglich die Erfahrbörde zu entscheiden hat, Platz greifen, darunter in § 171 die Einstellung in die Arbeiterarbeitsabteilung. Die Regierung kann sich daher nicht überzeugen, daß sie nicht überall auf dem Boden der gesetzlichen Bestimmungen geblieben ist, und sie kann daher nur bitten, über den Antrag der Commission zur T. O. überzugeben.

Referent Abg. Oneist: Ich beschränke mich auf die Erklärung des Herrn Ministers des Innern einzugehen. Den Verhalten der K. Staatsregierung sind einfach drei Merkmale entgegenzustellen: 1) Die Beihaltung von Mut und Kampflust bei Aufopferung von Leben und Gesundheit, welche dem Menschen durch Geburt und Erziehung so tief eingeprägt sind, daß die Beschuldigung der Immoralität dagegen nicht aufkommen kann. 2) Ein Gewaltakt ist einer fremden Regierung entgegengestellt, welche durch ihr hartes, barbarisches Verfahren ein wehrloses Volk zur Verweisung treibt und es mit einer Armee von 200,000 Mann bekämpft. 3) Die Handlung ist unserem wie jedem europäischen Strafrecht fremd, weil kein Staat für die Freiheit und Sicherheit eines andern einzutreten verpflichtet ist. Diese Merkmale können Gegenstand politischer Abneigung sein, aber sie für unmoralisch zu erklären, halte ich für unerlaubt. Auch der Aufstand des Major Schill wurde seiner Zeit von einigen Personen nicht nur als ein überreiter, sondern als ein unehrenhafter, unmoralischer bezeichnet; ich glaube, das heute hier gefallte Urteil steht mit dem damaligen auf völlig gleicher Stufe. (Zustimmung.) Ich meine, daß man der öffentlichen Meinung nicht nur unseres Landes, sondern aller Länder dieses der Wechselns Gesicht schlägt, wenn man diese Art der Beihaltung des Nationalgefühls als eine unmoralische Handlung bezeichnet. Mit solchem Urtheil greift die Verwaltung in die Heeresverfassung ein, sie trägt den Grundsatz der Wehrhaftigkeit in das Institut des Freiwilligendienstes hinein, mit dessen Begründung unsere ganze Heeresverfassung erschüttert wird. Die Regierung verlegt aber auch die Humanität. Auf die Erklärung des Herrn Regierungs-Commissar kommt es gar nicht an. Es ist nicht gesagt, worin die Entziehung von der Gestellung bestand und noch weniger die Böswilligkeit nachgewiesen. Das General-Commando des 5. Armeecorps möchte vielleicht die Beihaltung bei der Insurrection für eine Böswilligkeit gehalten haben. Die Einstellung in die Straf-Arbeitsabteilung entspricht für das Civil-Verhältniß der Einsperrung von Bagaglunden in das Arbeitshaus, es steht in gar keinem Zusammenhang mit Waffenherr und Dienstpflicht. Die dreijährige Zwangs-Arbeit, sagt die Regierung dem Betreffenden, erfolgt nur, weil du nicht militärisch dienen kannst und sollst, — nota bene, mit Beihaltung der National-Rolle. Sie können so einen ganzen Strafcode einführen — salve honore auch die Galerienstrafe mit Beihaltung der National-Rolle. (Sehr richtig!) Es gibt für das Verfahren der Regierung gar keine Rechtfertigung und die Anträge der Commission sind das Minimum, das ihm entgegengestellt werden kann. (Lebh. Beifall.) Bei der Abstimmung werden die Anträge der Commission mit allen gegen 6 St. der im Saale

anwesenden Conservativen (v. d. Heydt, Gr. Strachwitz, Wantrup, Böckle, v. Ernsthausen und Hübler) angenommen.

Nachdem der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung des preußischen Landrechts vom 3. 1721 und der Instruction für westpreuß. Regierung vom 21. Sept. 1773 in den zu Pommern gehörenden Theilen, ohne Debatte angenommen, folgt die Berathung der Etats für Münze und des Finanzministeriums. Bei letzterem zu A. 1. hat die Commission den Antrag gestellt, die Mehronsäze zu Gehaltsverhöhungen der vortragenden Räthe in der General-Berwaltung der Steuern und in der Abtheilung für Etats- und Kassenwesen mit 1900 resp. 800 R. abzufügen, weil dieselben im vorigen Jahre in dem Sinne bewilligt seien, daß sie allen in Betracht kommenden Beamten gleichmäßig zuschließen sollten. Da dies nicht geschehen, so müsse sich das Haus die Erfahrung, wie die Bevollmächtigung ausgenutzt werde, zu Nutzen machen. Abg. v. d. Heydt empfiehlt Ablehnung des Comm.-Antrages, will sich aber einer Resolution anschließen, daß die Gehaltsverhöhungen nicht nach Kunst oder Ungunst vorgenommen werden dürfen. Finanzminister v. Bodelschwingh: Die im vor. J. bewilligte Summe für die Räthe 2. und 3. Klasse sei auf die verschiedenen Ressorts verteilt und bei dem letzten Etat bereits zum Ansatz gebracht worden. Die Ressortchefs hätten in diesem Sinne versucht. Glaube irgend ein Beamter mit Ungunst behandelt zu sein, so würde ihm die betr. Remedy dadurch zugälig geworden sein, daß er sich entweder an den Ressortchef mit einer Beschwerde gewendet hätte, oder Allerbüchtesten Orts vorstellig geworden wäre. Ihm, dem Finanzminister, sei weiter nach der einen, noch nach der andern Richtung hin, ein solcher Fall bekannt geworden.

Abg. Dr. Techow: Der hr. Minister verzesse nur, daß ein Etatgesetz nicht zu Stande gekommen sei und daß folglich die Herren Ressortchefs über die Gelder, die zu Gehaltsverhöhungen bewilligt, nicht zu verfügen gehabt hätten. Was den mit Ungunst behandelten Beamten eine Beschwerde dessen folle, sei nicht einzusehen. Der Commissionsantrag wird mit sehr großer Majorität angenommen.

zu IV., Pensionen und Competenzen, hat die Commission beantragt, "das Wartegelo eines Polizeiraths mit 520 R. abzufügen." Es handelt sich um den Polizeirath Niederstetter, früher in Posen, zuletzt Polizeiamtmann in Danzig, und als solcher ohne vorgängige Disciplinar-Untersuchung zur Disposition gestellt. — Reg.-Commissar Geh. Rath Voeller sucht die Geschäftsmäßigkeit des Verfahrens der Regierung darzulegen und macht geltend, daß Niederstetter, wenn er gezwungen werde, wegen verweigter Zahlung der 520 R. einen Prozeß gegen die Regierung anzustrengen, sich eine bedeutendere Summe, als diese erstreiten könnte. — Referent Abgeordneter Michaelis entgegnet darauf, daß, wenn dem Niederstetter das Geld vorenthalten werde, so bleibe allerdings nur übrig, das bisher ausgesetzte Disciplinarverfahren eingeleitet, aus dem er event. mit vollem Gehalt oder ohne jede Verhöhung hervorgehen könnte. — Referent Abgeordneter Michaelis entgegnet darauf, daß, wenn dem Niederstetter das Geld vorenthalten werde, so bleibt allerdings nur übrig, das bisher ausgesetzte Disciplinarverfahren eingeleitet, aus dem er event. mit vollem Gehalt oder ohne jede Verhöhung hervorgehen könnte. — Referent Abgeordneter Michaelis entgegnet darauf, daß, wenn dem Niederstetter das Geld vorenthalten werde, so bleibt allerdings nur übrig, das bisher ausgesetzte Disciplinarverfahren eingeleitet, aus dem er event. mit vollem Gehalt oder ohne jede Verhöhung hervorgehen könnte. — Der Antrag der Commission wird angenommen. — Die Ausgaben V., für Oberpräsidien und Regierungen, werden ohne Debatte genehmigt, ebenso ad VI. und VII. r. (Schluß folgt)

Politische Übersicht.

Man schreibt uns aus Berlin vom gestrigen Datum: „Ich fühle mich durch die hohe Wichtigkeit der Sache veranlaßt, auf die Folgen aufmerksam zu machen, welche die Abstimmung über die Carlowitz'sche Resolution bei Gelegenheit der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 2. und 3. Juni über die Marine-Vorlage für die Parteistellung innerhalb des Hauses nicht nur, sondern auch im Lande herbeiführen könnte. Die Verwerfung der Regierungsvorlage und die Annahme des ersten Punktes der Resolution (Unmöglichkeit, dem gegenwärtigen Ministerium eine Anleihe zu bewilligen), waren selbstverständlich. Dagegen war die Verwerfung der beiden andern Punkte (Nothwendigkeit, die Kriegsmarine zu erweitern und das nötige Geld im Etatgesetz zu bewilligen; ferner Erwerbung des Kieler Hafens etc. durch Verständigung mit den Herzogthümern) meiner Meinung nach nicht richtig, schon deshalb nicht, weil die Majorität an sich mit den Inhalten dieser Resolution doch jedenfalls einverstanden war. Es handelte sich bei der Abstimmung über diese Resolution nicht um eine Unterstützung des gegenwärtigen Systems, sondern lediglich darum, was der Staat Preußen, also was jede Preußische Regierung, im Interesse Deutschlands, der Herzogthümern und Preußens selbst zu thun verpflichtet ist. Aus diesem Grunde waren es gerade Mitglieder der Fortschrittspartei (Schulze-Delitsch, Dunker, v. Forckenbeck, v. Hoverbeck, Lüding, v. Baerst), welche im Einverständnis mit dem Abg. v. Carlowitz die unter dem Namen des Letztern bekannte Resolution entwarf. Mit ihnen (nur Hoverbeck zog sich zurück, weil er statt „Verständigung“ „Verträge“ gesagt wissen wollte) haben für den 2. und 3. Punkt der Resolution aus der Fortschrittspartei noch die Abg. Mommen, v. Henning, Techow, Birchow, Buchholz und noch einige andere gestimmt, wogegen eine kleine Minorität des linken Centrums auf die Seite der Verwerfenden trat. Die Sache ist nun die, daß gerade nach dieser Abstimmung in viel weiteren Kreisen die Nothwendigkeit einer andern Parteibildung als der bisherigen gefühlt und besprochen wird. Eine weitere Besprechung dieser so wichtigen Angelegenheit behalte ich mir noch vor.“

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angefolgen 3½ Uhr Nachmittags.
Berlin, 8. Juni. (Abgeordnetenhaus.) Vor Eintreten in die Tagesordnung beantragt Abg. Wachsmuth Schlussberathung über seinen Antrag (Sitzung des Untersuchungsverfahrens gegen den Abg. Teicby). Dieselbe wird angenommen. Präf. Grabow ernennt die Abg. Klos und Abmann zu Referenten. — Abg. v. Forckenbeck constatirt die Vorgänge zwischen dem Ministerpräsidenten v. Bismarck und dem Abg. Birchow und führt hinzu, die Nachricht der „Königlichen Zeitung“ sei ihm anderweitig bestätigt worden. Er wolle nicht entweichen, wie weit ein Mann zu einem Duell gezwungen werden könnte; das müsse jeder mit sich abmachen. Wer ins Abgeordnetenhaus eintrete, um über Landesrecht und Freiheit zu verhandeln, müsse Vorurtheile draußen lassen. Wenn Birchow die Forderung zum Duell annähme, würde er sich einen schweren Vorwurf des Landes zuziehen. Der Ministerpräsident mache sich desselben Vorwurfs schuldig. Das Präsidium habe die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten und für dessen Ehre einzutreten. Ein Duell könnte und dürfte nicht stattfinden, er erwarte, daß der Präsident in dieser Beziehung seine Pflicht thue. — Präf. Grabow: Er trete in jeder Beziehung den Anhänger v. Forckenbecks bei und hoffe, daß der abwesende Abg. Birchow sich in Wahrung seiner Rechtefreiheit den Gegegnen des Hauses unterwerfen werde. — Kriegsminister v. Roon: Er könnte nicht zuwenden, daß die Minister der Ordnung des Hauses unbedingt

